



II - 225 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich  
DER BUNDESKANZLER

Zl. 419.614/1-IV/1/79

Parl.Anfr.Nr.79/J der Abg.z.NR WIMMERSBERGER,  
BURGER u.Gen.betr.Fehlen eines Gesamtkonzeptes  
der Bundesregierung zur Investitionsförderung

Herrn  
Präsident  
des Nationalrates  
Anton BENYA

Parlament  
lolo W i e n

90/AB

1979 -08- 31

zu 79/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat WIMMERSBERGER, BURGER und Genossen haben am 4. Juli 1979 folgende schriftliche Anfrage betreffend Fehlen eines Gesamtkonzeptes der Bundesregierung zur Investitionsförderung an mich gerichtet.

"Vor kurzem wurde nach mehrjährigen Ankündigungen und Bemühungen eine internationale Autofirma mit der Produktion von Automotoren seitens der Bundesregierung nach Österreich gebracht. Allerdings war dies ein sehr kostspieliges Vorhaben. Die Bundesregierung hat dem amerikanischen Konzern General-Motors einen Bundeszuschuß von 1,5 Mrd S, abgesehen von sonstigen Begünstigungen, für die Errichtung eines Werkes für 1.500 Arbeitsplätze versprochen.

Somit kostet dem Steuerzahler ein Arbeitsplatz 1 Million S. Abgesehen von diesem kostspieligen Subventionsgeschenk an eine ausländische internationale Firma, ist die Wahl des Standortes mehr als problematisch. In diesem Großballungsraum ist die Arbeitsplatzsituation noch wesentlich günstiger als in einer Reihe von überalteten Industriezonen wie z.B. in der Obersteiermark und hier im besonderen im Raum Judenburg, wo dringend neue Arbeitsplätze gebraucht würden. So sind in Judenburg in der verstaatlichten Industrie rund 1.500 Arbeitsplätze in Gefahr. Es wäre also ein Gebot der Stunde gewesen, in diesen strukturgefährdeten Industriegebieten durch Ansiedlungsmaßnahmen von Betrieben neue und sichere Arbeitsplätze zu schaffen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende Anfrage:

- 1) Was ist die Ursache für die Standortwahl des General-Motor-Projektes im Raume Wien?



- 2 -

- 2) Wurden auch andere Standorte dem Investor von der Regierung angeboten und wenn ja, welche?
- 3) Wenn nein, warum und aus welchen Gründen wurde dies nicht getan?
- 4) Wurde die ÖIAG, bevor die Standortentscheidung durch die Bundesregierung gefallen ist, um deren Vorschläge befragt?
- 5) Welche Maßnahmen sind seitens der Bundesregierung geplant, um in Raume Judenburg, wo in der verstaatlichten Industrie rund 1.500 Arbeitsplätze in Gefahr sind, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wir folgt zu beantworten:

Der Bundesregierung ist es in den vergangenen Jahren, trotz der weltweiten Krisenerscheinungen, erfolgreich gelungen, durch ein hohes Maß an Investitionsförderung, die Beschäftigung in Österreich zu sichern und zusätzlich neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das Anfang 1978 von der Bundesregierung vorgelegte arbeitsplatzorientierte Strukturprogramm sieht für die nächsten 10 Jahre Investitions- und Investitionsförderungsausgaben von insgesamt rd. 577 Mrd S vor. Aufgrund dieser Bereitschaft der Bundesregierung ist es gerade in der letzten Zeit mehrfach gelungen, interessante Projekte international tätiger Firmen nach Österreich zu verlagern und damit der gesamten österr. Wirtschaft zusätzliche Impulse zu geben. Dieser Aspekt darf auch im ggstl. Fall nicht außer acht gelassen werden. Von General-Motors wurde zugesichert, in bedeutendem Umfang Zulieferungen von österreichischen Betrieben zu beziehen, die sich insbesondere aus dem Bedarf an Aluminium, Edelstahl und sonstigen Materialien ergeben werden. Damit ist anzunehmen, daß über die vorgesehenen 1.500 Arbeitsplätze im GM-Werk noch eine größere Anzahl zusätzlicher Arbeitsplätze in diesen Zulieferwerken gesichert, aber auch sicherlich neu geschaffen werden können. Wegen der Richtigkeit soll auch noch bemerkt werden, daß die Förderung nicht den genannten Betrag von 1,5 Mrd S sondern 1,4 Mrd S beträgt. Diese Unterstützung aus staatlichen Förderungsmaß-



- 3 -

nahmen erscheint mir nicht nur im Zusammenhang mit der Absicht in Österreich neue moderne Produktionen aufzubauen und eine große Zahl von Dauerarbeitsplätzen zu schaffen, sondern auch sonst im Vergleich mit den Kosten eines zukunftsorientierten Arbeitsplatzes in der Industrie vertretbar zu sein.

Grundsätzlich wäre auch noch festzuhalten, daß in Österreich tätige private Wirtschaftsunternehmen ihre Investitionsentscheidungen autonom treffen und dabei zweifellos von betriebswirtschaftlichen Überlegungen ausgehen. Eine von vielen Entscheidungskomponenten ist die Frage nach dem für das Unternehmen günstigsten Standort der Investition. Mit Hilfe der Wirtschaftsförderung versuchen die Gebietskörperschaften, die Entscheidung der Unternehmen so zu beeinflussen, daß sie auch gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen (z.B. Strukturpolitik, Regionalpolitik) in ihren Überlegungen mitberücksichtigen. Das Gewicht, das den wirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen der Gebietskörperschaften bei der Standortentscheidung von den Unternehmen beigemessen wird, darf jedoch nicht überbewertet werden, weil auch noch andere Faktoren ausschlaggebend sein können.

Zu Frage 1 bis 4:

Dem General-Motors-Konzern wurden von Österreich verschiedene Standorte in 4 Bundesländern angeboten, wobei den Spitzenmanagern von GM die Gelegenheit geboten wurde, die verschiedenen Standorte, insbesondere den Standort Judenburg in Augenschein zu nehmen und die relevanten Standortfaktoren (Verkehrslage und Infrastruktur, Aufschließungsmöglichkeiten, Arbeitsmarktsituation, Schulungsmöglichkeiten, Förderungsmaßnahmen usw.) mit den zuständigen Politikern und Fachbeamten des Bundes, der beteiligten Länder und Gemeinden zu diskutieren bzw. zu prüfen.

Hinsichtlich des Standortes Judenburg wurde das engste Einvernehmen mit der Generaldirektion der VÖEST-Alpine hergestellt. Die Vertreter von GM wurden u.a. von den zuständigen Herren der



- 4 -

VÖEST-Alpine nach Judenburg begleitet. Die ÖIAG war vom Gegenstand her weiter nicht zu befassen.

Die Bundesregierung konnte darüber hinaus auf die endgültige Auswahl des Standortes keinen Einfluß nehmen, da diese Entscheidung ausschließlich von einem freien Unternehmen getroffen wurde, welches unter Berücksichtigung der damit zu übernehmenden Risiken seine Entscheidung in eigener Ingerenz getroffen hat.

Zu Frage 5:

Die Bundesregierung ist weiterhin bemüht, im Rahmen des Entwicklungsprogrammes Aichfeld-Murboden, neue Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem Gebiet, insbesondere in Judenburg zu schaffen. Bekanntlich ist es aufgrund der Initiative der Bundesregierung in den letzten Jahren gelungen, in diesem Raum neue Betriebe anzusiedeln und mehr als 3.000 neue Industriearbeitsplätze zu errichten. Zur Unterstützung der laufenden Bemühungen um neue Investoren wurde der Raum Judenburg als Förderungsgebiet für das ERP-Sonderprogramm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in die Richtlinien des ERP-Jahresprogrammes 1979/80 aufgenommen.

29. August 1979

